



Von Hermann Feiner

SOZIAL GERECHT, WIE BITTE?

Die Steuerzahler zahlen pro Jahr 6,8 Milliarden Euro an Zinsen für die in den letzten 30 Jahren angehäuften **STAATSSCHULDEN**. Schulden fressen am meisten am Tuch der Gerechtigkeit.

Die Harmonisierung der Pensionssysteme sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, trillert es aus allen politischen Ecken. Da wage noch einer, die läppische Frage von dadurch entstehenden Mehrkosten zu erheben. Ganz zu schweigen, was passiert, wenn sich wirkliche Sozialexperten mit Berechnungsmodellen aus der Deckung wagen und erste Kostenvergleiche anstellen. „Grotesk“ nennt das der Boulevardblatt-Wissenschaftler mit Hang zum Datendesign, Bernd Marin. Zu dieser Kategorie von Wissenschaftlern zählen Menschen, die für manche Medien immer erreichbar sind, dann – sofern sie überhaupt über ausreichendes Zahlenmaterial verfügen – jedenfalls mit Statistiken tendenziös umgehen und letztlich, ob passend oder nicht, immer einen lockeren Sager auf Lager haben. Diese sogenannten Sozialexperten merken nicht, dass sie Menschen gegeneinander ausspielen. Sozialpolitische Fragen vertragen keine Sprücheklopfer.

Es hat sich eingebürgert, gestaltende Sozialpolitik durch Sozialstatistiken zu ersetzen. Der Effekt ist, dass jeder irgendwie Recht hat und sozialer Fortschritt oft auf der Strecke bleibt. Karl Farkas hat das Dilemma mit Statistiken einmal mit einem Vergleich umschrieben: „Jeder Österreicher trinkt im Durchschnitt 80 Liter Bier; dabei frage ich mich, wer mein Bier trinkt.“ Der statistische Durchschnitt hat immer seine Tücken. So ist die durchschnittliche ASVG-Pension im Vergleich niedrig. Die Frage ist dabei, was sind die Grundparameter für den Durchschnitt? Rechne ich z. B. im unteren Pensionssegment auch die Ausgleichszulagen dazu, werden in den Vergleichsdaten auch die Länge der Beitragszeiten bzw. die Beitragslücken und die individuelle Bei-

tragshöhe berücksichtigt? Werden Betriebspensionen genauso in den statistischen Durchschnittswert miteinbezogen? Diese Statistikmanie hat zuletzt auch bei einem Einkommensvergleich von Berufsgruppen zu einem Kopfsprung ins wasserleere Becken geführt: Neben einer Reihe statistischer Ungeheimheiten hat der Berichterstatter dieses „Rechenwerkes“ offenbart, dass die angeblich hohen Gehälter im öffentlichen Dienst auch auf die gleichen Einkommen von Frauen und Männern zurückzuführen seien. Das schlägt dem Fass wohl den Boden aus. Dabei ist es die politische Grundausrichtung der GÖD, dass es Einkommens- und Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern gibt. Das gilt für Beamte, Vertragsbedienstete und Bedienstete mit Kollektivverträgen in gleicher Weise.

Die Gemeinschaft der österreichischen Steuerzahler zahlt pro Jahr mehr als 6,8 Milliarden Euro allein an Zinsen für die in den letzten 30 Jahren angehäuften Staatsschulden. Dabei hat keine andere Berufsgruppe zum aktuellen Schuldenabbau der öffentlichen Hand so viel beigetragen wie die öffentlich Bediensteten. Schulden fressen immer und am meisten am Tuch der sozialen Gerechtigkeit. Wer daher von den politischen Akteuren in der Frage der Pensionsharmonisierung wiederum eine Lösung auf Pump will und meint, dass sich sein vorgeschlagenes Modell ohnehin in 20 oder 30 Jahren rechnet, nimmt Sozialdumping im öffentlichen Dienst in Kauf. Denn ich höre schon die Kassandrarufe, die den Staatsuntergang beschwören, sollten die öffentlich Bediensteten nicht bereit sein, diese kostspielige Harmonisierung für die nächsten 20 Jahre selbst zu bezahlen. Nur: Ohne GÖD wird nichts gehen. ■